

**Interfraktionelle Motion SP/JUSO, FDP/JF, GFL/EVP, AL/GaP/PdA, GB/JA!
(Valentina Achermann, SP/Florence Schmid, JF/Mirjam Roder, GFL/Jemima
Fischer, AL/Yasmin Abdullahi, JGLP/Jelena Filipovic, GB): «#TextMeWhenY-
ouGetHome» in der Stadt Bern; Begründungsbericht**

Am 21. Oktober 2021 hat der Stadtrat folgende im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Alle sollen sich sicher und frei im öffentlichen Raum bewegen können, ohne Angst vor sexuellen, sexistischen, homo- und transfeindlichen Belästigungen und Übergriffen. Leider kommt es aber öfter vor, dass insbesondere Frauen und queere Personen im öffentlichen Raum belästigt werden und sexualisierte Gewalt erleben. Belästigungen und unerwünschte Kontaktaufnahmen können in unterschiedlicher Form auftreten: von anzüglichen Bemerkungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Studien aus der geografischen Geschlechterforschung definieren Frauen als «die» vulnerable Gruppe im öffentlichen Raum¹. Sexistische und sexuelle Belästigungen beschränken sich nicht ausschliesslich auf das Nachtleben. Sie sind ein gesellschaftliches Problem, das auch zu anderen Tageszeiten an unterschiedlichen Orten erlebt werden kann. Die Folge davon ist, dass sich einige Bevölkerungsgruppen - z.B. auch LGBT-Personen² - nicht frei in Räumen bewegen können, die für alle zugänglich sein sollten.³

Das Institut gfs.bern hat 2019 eine repräsentative Befragung zum Thema «sexuelle Gewalt» mit Frauen ab einem Alter von 16 Jahren in der Schweiz durchgeführt. Die Studie ergab, dass mehr als die Hälfte (59%) eine Belästigung in Form von unerwünschten Berührungen, Umarmungen oder Küssen erlebt hat. Die meisten sexuellen Belästigungen fanden auf der Strasse oder im öffentlichen Verkehr statt. 42% der Frauen gaben an, sexuelle Belästigung in Clubs oder Bars erlebt zu haben. Hinzu kommt, dass nur 10% der Belästigungen und Gewalttaten gemeldet wurden.⁴ Es besteht also Bedarf nach niederschweligen Meldemöglichkeiten jenseits von Polizei und Opferberatungsstellen.

Im Mai 2021 hat die Stadt Zürich die Studie «Unterwegs in Zürich: Wie geht es Ihnen dabei?» veröffentlicht.⁵ Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem für Frauen der Aufenthalt im öffentlichen Raum der Stadt besonders unangenehm ist: Rund jede zweite Frau war bereits mit einer übergriffigen Situation wie anzüglichen Blicken oder obszönen Gesten konfrontiert, knapp jede fünfte Frau mit unerwünschten Berührungen. Zwei von drei Frauen wurden tagsüber belästigt, spätabends sogar vier von fünf Frauen. Insbesondere nicht-heterosexuelle Frauen sind dabei häufig Ziel von übergriffigem Verhalten: Neun von zehn gaben an, bereits tagsüber oder spätabends belästigt worden zu sein.

Aufgrund des Handlungsbedarfs hat die Stadt Zürich das Projekt «Zürich schaut hin - gegen sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und Übergriffe» im öffentlichen Raum und im Nachtleben lanciert. Dazu gehören eine breit angelegte Kampagne, ein Forumtheater zur Förderung der Zivilcourage, Weiterbildungen für Fachpersonen sowie das Meldetool «Zürich schaut hin». Seit dem 11. Mai 2021 ist das neue Meldetool online. Auf diesem Tool können Beläs-

¹ <https://www.nslu.ch/de-ch/hochschule-luzern/forschung/projekte/detail/?pid=4358>

² <https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/prd/Deutsch/Gleichstellung/Themen/öffentlicher-raum/pdf/UnterwegsInZürich.2021.pdf>

³ <https://cockpit.gfsbern.ch/de/cockpit/sexuelle-gewalt-in-der-schweiz/>

⁴ https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/gleichstellung/themen/oeffentlicher_raum/hinschauen.html

⁵ <https://www.lausanne.ch/officiel/administration/securite-et-economir/secretariat-general-se/unites-administratives/observatoire-de-la-securite/harcelement-de-rue.html>

tigungen sichtbar gemacht und geteilt werden. Zudem werden Informationen über rechtliche Möglichkeiten und Angaben zu Hilfsangeboten zur Verfügung gestellt.⁶ Auch Lausanne⁷ und Genf⁸ kennen ähnliche Angebote.

Die Schweiz hat im April 2018 die Istanbul-Konvention ratifiziert, ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Auch Bund, Kantone und Gemeinden verpflichten sich, alle notwendigen Massnahmen in den Bereichen Intervention und Prävention zu treffen, um Frauen umfassend vor Gewalt zu schützen.⁹

Auch wir wollen etwas gegen sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und Übergriffe im öffentlichen Raum tun und fordern die Lancierung einer Sensibilisierungs- und Präventionskampagne zum Thema «sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum» mit Fokus auf potenzielle Täter:innenschaft und Bystander:innen sowie der Förderung von Zivilcourage. In diesem Zusammenhang soll zudem ein niederschwelliges Meldetool für Betroffene und Beobachtende von Gewalt entwickelt werden.

Das Meldetool soll Hilfe leisten, wenn jemand sexuelle Belästigungen und sexualisierte Gewalt erfährt, aber auch beobachtet hat. Es soll informieren, wo Hilfe geholt werden bzw. wie Hilfe geleistet werden kann. Zudem soll es eine niederschwellige Möglichkeit bieten, sexuelle Belästigungen und sexualisierte Gewalt melden zu können. Dabei soll explizit aufgefordert werden, dass auch (subjektiv) nicht schwerwiegende sexuelle Belästigungen und Gewalt gemeldet werden sollen. Damit soll auch das Tool wiederum der Sensibilisierung für das gesellschaftliche Problem dienen. Und es soll aufzeigen, wo sexuelle Belästigungen und Gewalt am häufigsten auftreten und wo es allenfalls verstärkte Massnahmen braucht.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Stadtrat einen Kredit vorzulegen, mit dem

1. eine Sensibilisierungs- und Präventionskampagne zum Thema «sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum» mit Fokus auf potentielle Täter:innenschaft und Bystander:innen sowie der Förderung von Zivilcourage lanciert und nachhaltig durchgeführt werden kann.
2. nach dem Beispiel von anderen Städten wie Zürich, Lausanne und Genf, ein niederschwelliges Meldetool für Betroffene und Beobachtende von sexualisierter Gewalt entwickelt oder eingekauft und in Betrieb genommen werden kann.

Begründung der Dringlichkeit

Die Zahlen sprechen für sich. Frauen und queere Personen sind jeden Tag der erhöhten Gefahr ausgeliefert, sexualisierte Gewalt und Belästigung zu erleben. Das Projekt sollte so rasch wie möglich angegangen werden, um möglichst viele Vorfälle zu verhindern. Jeder Fall ist einer zu viel. Die Opferberatungsstellen sind ausgelastet und viele wissen schon gar nicht erst wo sie sich melden könnten, was für das Meldetool spricht. Es muss jetzt gehandelt werden.

Bern, 01. Juli 2021

Erstunterzeichnende: Valentina Achermann, Florence Schmid, Mirjam Roder, Jemima Fischer, Yasmin Amana Abdullahi, Jelena Filipovic

Mitunterzeichnende: Bettina Stüssi, Katharina Altas, Ayse Turgul, Diego Bigger, Sara Schmid, Barbara Nyffeler, Michael Sutter, Lukas Gutzwiller, Marcel Wüthrich, Halua Pinto de Magalhães, Daniel Rauch, Lena Allenspach, Fuat Köçer, Alina Irene Murano, Mohamed Abdirahim, Timur Akçasayar, Bettina Jans-Troxler, Therese Streit-Ramseier, Tanja Miljanovic, Brigitte Hilty Haller, Laura Binz, Bernadette Häfliger, Katharina Gallizzi, Seraphine Iseli, Franziska Geiser, Lea Bill, Regula Bühlmann, Sarah Rubin, Eva Krattiger, Nora Joos, Seraina Patzen, Anna Leissing, Rahel

⁸ <https://www.ge.ch/dossier/promouvoir-egalite/grands-chantiers-egalite/lutter-contre-harcelement-sexuel>

⁹ <https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/themen/recht/internationales-recht/europarat/Istanbul-Konvention.html>

Ruch, Ursina Anderegg, Corina Liebi, Tom Berger, Nicole Bieri, Ingrid Kissling-Näf, Tabea Rai, Dolores Dana, Claudine Esseiva, Vivianne Esseiva, Manuel C. Widmer

Bericht des Gemeinderats

Die Motionär*innen fordern den Gemeinderat auf, eine Sensibilisierungskampagne zum Thema sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum durchzuführen. Diese soll den Fokus auf Täter*innen und Bystander*innen legen und die Zivilcourage fördern. Ebenfalls soll Bern wie andere Schweizer Städte ein Tool zur Verfügung stellen, in dem sowohl Betroffene als auch Beobachter*innen sexualisierte Gewalt niederschwellig melden können.

Die Kampagne «Bern schaut hin» und ein anonymes Online-Meldetool sind am 24. April 2023 mit einer Pressekonferenz lanciert worden. Die Kampagne ist im Aktionsplan 2023-2026 zur Gleichstellung von Frauen und Männern und von LGBTIQ-Menschen als Massnahme 2.1 verankert und wird als Kooperationsprojekt der Fachstelle Gleichstellung von Frau und Mann (FFG) und des Bereichs Soziokultur von Familie und Quartier Stadt Bern (FQSB) durchgeführt. Die FFG hat für die Konzeption, Planung und Durchführung der Kampagne per September 2022 eine Projektleiterin mit 40 Stellenprozenten angestellt. Für die externe Begleitung der Kampagne hat die Stadt Bern die Kommunikationsagentur Feinheit mandatiert. Auch im Rahmen der Massnahme 2.1 im UNICEF-Aktionsplan 2021-2024 für eine kinderfreundliche Gemeinde «Sensibilisierung zum Thema sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum für Jugendliche und junge Erwachsene» wurden verschiedene Projekte initiiert, die das Ziel der Kampagne unterstützen.

Im April/ Mai und im September dieses Jahres hat die Stadt mit Plakaten im öffentlichen Raum sowie mittels Hängedispensern und Postkarten in den Bussen und Trams von Bernmobil auf die Kampagne und das Meldetool aufmerksam gemacht. Zielgruppe waren dabei, wie von den Motionär*innen gefordert, neben Betroffenen auch Bystander*innen und es wurde zu Zivilcourage aufgerufen. Denn während das Meldetool Betroffenen eine niederschwellige Möglichkeit zum Melden von Übergriffen bietet, hat sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt, in der Gesamtkampagne mit der Sensibilisierung der Bevölkerung zu einer Normveränderung beizutragen: Sexismus und Queerfeindlichkeit sind gesamtgesellschaftliche Probleme, für deren Bekämpfung alle Verantwortung übernehmen sollten.

Das Ziel, allen Mitgliedern der Gesellschaft Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, verfolgt auch der Sensibilisierungskurs von Agota Lavoyer und Hannes Rudolph, der im Sommer 2023 einmal für die breite Bevölkerung und einmal durch die verwaltungsinterne Ausbildung und Organisationsberatung (AOB) für die städtischen Angestellten durchgeführt worden ist. Der Kurs wird im AOB-Kursprogramm 2024 wiederum für Verwaltungsmitarbeiter*innen angeboten, eine weitere Durchführung für die Öffentlichkeit ist im Rahmen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» vorgesehen. Ausserdem kann der Kurs durch interessierte Gruppen kostenpflichtig gebucht werden. Für Jugendliche und junge Erwachsene wurden bis jetzt rund 10 Kurse zu den Themen «Bystander / Selfempowerment / Selbstverteidigung und Thematisierung von sexualisierter Gewalt» von unterschiedlichen Anbietenden durchgeführt. Diese stossen auf grosses Interesse. Weitere Kurse sind geplant. Der Trägerverein offene Jugendarbeit der Stadt Bern (toj) hat einen Methodenkoffer ausgearbeitet, der eine zielgruppenspezifische Auseinandersetzung mit dem Thema «sexuelle Integrität» in den Jugendtreffs ermöglicht.

Das Meldetool «Bern schaut hin» bietet analog zum in der Motion erwähnten Stadtzürcher Meldetool eine niederschwellige, anonyme Meldemöglichkeit für erlebte oder beobachtete sexualisierte Gewalt sowie sexistische und queerfeindliche Diskriminierungen im öffentlichen Raum. Neben den vorgegebenen Antwortkategorien sind Freitextmeldungen möglich, in denen die gemeldeten Vorfäl-

le detaillierter beschrieben werden können. Ausserdem erhalten Personen, die eine Belästigung melden, je nach deren Art Informationen zu Organisationen und Fachstellen, die beraten und unterstützen können. Bei strafrechtlich relevanten Vorfällen wird an die Polizei und die Opferhilfe verwiesen. Seit Anfang September 2023 steht das Meldetool auch in französischer und englischer Sprache zur Verfügung.

Eine durch die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann durchgeführte Auswertung nach drei Monaten zeigt, dass das Meldetool einem Bedürfnis der Berner Bevölkerung entspricht: Im ausgewerteten Zeitraum von Ende April bis Ende Juli sind insgesamt 440 Meldungen eingegangen. Rund ein Fünftel der eingegangenen Meldungen stammt von Beobachter*innen, die zum Teil auch unterstützend eingegriffen hatten, der Rest von Menschen, die selbst Belästigungen oder Diskriminierung im öffentlichen Raum erfahren haben. Die Auswertung der Meldungen zeigt, dass Frauen und queere Menschen häufiger von diskriminierenden Verhaltensweisen betroffen sind als heterosexuelle cis Männer. 80 Prozent der gemeldeten Belästigungen gingen von Männern respektive männlich gelesenen Personen aus. Diese Erkenntnisse decken sich mit Ergebnissen aus anderen Studien, Umfragen und Polizeistatistiken zu Belästigungen in Zusammenhang mit Geschlecht und sexueller Orientierung. Auf Basis der Auswertung des Meldetools werden weitere Teilprojekte und Kampagnenwellen entwickelt.

Im März 2023 wurde das Teilprojekt Nachtleben unter der Leitung von FQSB gestartet: Das Pilotprojekt «Mille Grazie» soll klären, welche Massnahmen sich für Betriebe eignen, um sexualisierte Gewalt nachhaltig zu reduzieren. Für die Umsetzung hat die Stadt den Verein «Flirt don't hurt!» mandatiert. Am Pilotprojekt sind fünf Clubs beteiligt, deren Mitarbeitende in Schulungen und Workshops lernten, wie sie auf sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt reagieren oder auch intervenieren können.

Eine breite Allianz begleitet die Kampagne «Bern schaut hin» und gestaltet sie mit. Zurzeit (September 2023) bekennen sich 27 Organisationen der Zivilgesellschaft, 11 städtische Dienststellen sowie die Kantonspolizei als Teil der Allianzpartnerschaft zur Kampagne. Das Engagement der Allianzpartner*innen reicht von der Information über Kampagne und Meldetool über Sensibilisierungsarbeit zum Thema bis hin zu eigenen Projekten und Aktionen. Das Projektteam unterstützt sie dabei in Form von Fachwissen, Arbeits- und Kampagnenmaterialien. Bereits existierendes Engagement von Allianzpartner*innen gegen Sexismus, Queerfeindlichkeit und sexualisierte Gewalt wird durch die Dachkampagne gebündelt und sichtbar gemacht.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für «Bern schaut hin» sind 2022 über das Globalbudget der FFG finanziert worden. 2023 und 2024 sind für die Konkretisierung und Umsetzung der Kampagne je Fr. 72 000.00 im FFG-Budget eingestellt. Für die nachhaltige Implementierung des Meldetools und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit sind in den Planjahren 2025-2027 jährlich Fr. 60 000.00 vorgesehen. Die Mittel für die Umsetzung der Massnahmen aus dem UNICEF Aktionsplan sind teilweise im Globalbudget der FQSB eingestellt. Ergänzt wird das Budget durch Drittmittel.

Bern, Datum GRS

Der Gemeinderat